

Pressemitteilung

26. März 2020

Generationengerechte Alterssicherung

Die Rentenformel muss gerechter werden

Berlin – Die jüngeren Generationen tragen die Hauptlast des demographischen Wandels. Wenn künftig die Anzahl der Rentner steigt und die der Beitragszahler sinkt, müssen höhere Kosten von weniger Schultern getragen werden. Um die unverhältnismäßige Belastung der Beitragszahler zu reduzieren, schlägt **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** daher vor, die Rentenformel gerechter zu machen. In einer Studie für die INSM hat das **Institut der deutschen Wirtschaft (IW)** dargelegt, welche Auswirkungen eine Anpassung der Rentenformel auf Beiträge und Renten hätte. Im Zentrum steht dabei der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor. Seine Gewichtung sollte nach Meinung der INSM von derzeit 0,25 auf 0,33 angehoben werden. Das würde bewirken, dass die Rentner künftig ein Drittel der demografischen Belastung tragen, die Beitragszahler zwei Drittel. Derzeit tragen die Rentenbezieher nur ein Viertel, die Beitragszahler drei Viertel. Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, appelliert an Bundesregierung, sich für mehr Generationengerechtigkeit einzusetzen: „Derzeit tragen die jüngeren Generationen die Hauptlast des demographischen Wandels. Die faire Anpassung der Rentenformel entlastet die Beitragszahler und hält das Rentenniveau stabil.“

Bleibe die Gewichtung des Nachhaltigkeitsfaktors unverändert, würde der Beitragssatz bis 2060 auf 23,7 Prozent steigen und das Rentenniveau auf 43,7 Prozent sinken*. Durch die von der INSM geforderte Anpassung, stiege der Beitragssatz nur auf 22,6 Prozent während das Rentenniveau moderat auf 43,1 Prozent sänke. Da ab 2030 die Rente mit 67 gilt, wird in beiden Fällen davon ausgegangen, dass ab 2031 zur Berechnung der Standardrente 47 Versicherungsjahre zugrunde gelegt werden.

Diese Reform stellt aus Sicht der INSM eine wichtige Stellraube gerechter ein, kann aber grundlegende Reformen nicht ersetzen. Pellengahr: „Die Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung ist eine politische Herkulesaufgabe. Die jetzige Bundesregierung sieht sich offenbar dieser Aufgabe nicht gewachsen. Das erhöht den Druck auf künftige Regierungen, frühzeitig und verlässlich die Weichen für ein längeres Arbeitsleben zu stellen.“

**Die Corona-Krise wird sich erheblich auf die gesetzliche Rentenversicherung auswirken. Noch ist es zu früh, hier genaue Vorhersagen auf Grundlage empirischer Daten zu machen. Eines ist aber schon jetzt klar: Der Reformbedarf wächst zusätzlich. Andernfalls bremsen unkontrolliert steigende Lohnnebenkosten künftiges Wachstum und verhindern eine rasche Erholung. Die heute vorgestellte Studie basiert auf Annahmen aus der Vorkrisenzeit. Die veränderten Rahmenbedingungen ändern nichts an den in der Studie dargestellten Zusammenhängen und Auswirkungen. Nur die konkreten Zahlen werden deutlich anders ausfallen. Eine entsprechende Aktualisierung erfolgt, sobald belastbare Daten zur Verfügung stehen.*

Die vollständige Studie zur Änderung der Rentenanpassungsformel finden Sie unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877 174; henet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.